

Sechste Sitzung – Sixième séance

Donnerstag, 27. August 1992, Nachmittag
 Jeudi 27 août 1992, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

Ad 92.057-3

**Postulat der Kommission
 für Umwelt, Raumplanung und Energie
 Durchsetzung Programm «Energie 2000» und EWR**
**Postulat de la Commission
 de l'environnement, de l'aménagement du territoire
 et de l'énergie**
Imposer le programme «Energie 2000» et EEE

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1429 hiervor – Voir page 1429 ci-devant

M. Rebeaud: Ma déclaration de ce matin relative au droit de l'énergie s'appliquait en réalité au postulat que nous discutons maintenant. Je ne vais donc pas la répéter. Je prie le Conseil fédéral de m'excuser, mais il y avait vraiment un qui-proquo car, d'après l'ordre du jour, on avait l'impression que tout était traité en bloc. Maintenant, il se révèle que les objets sont séparés. Je ne referai donc pas mon discours et j'espère que vous l'avez gardé en mémoire.

La question essentielle porte sur le degré de détermination du Conseil fédéral pour mettre tout en oeuvre et épuiser toutes les possibilités visant à réaliser en Suisse les objectifs d'«Energie 2000» en ce qui concerne les normes de consommation des appareils vendus dans notre pays. Je ne répéterai pas non plus tout le discours de M. Strahm Rudolf, de ce matin, mais il est clair que c'est un des points essentiels du programme «Energie 2000», sans lequel nous n'arriverons probablement pas du tout à atteindre les objectifs pourtant modestes qui ont été fixés et qui fondent, comme vous le savez, «la paix de l'énergie».

Nous devons maintenir le postulat parce que la réponse du Conseil fédéral est insuffisante. Nous avons tout de même besoin de savoir, non qu'il est possible d'exercer le droit d'évocation en la matière, mais que le Conseil fédéral veut, que le Conseil fédéral est déterminé à faire usage de ce droit. Je regrette que M. Ogi n'ait pas participé aux travaux de la commission au moment où nous discutons de ce postulat, parce que nous aurions probablement pu nous mettre d'accord sur la forme.

J'aimerais vous faire remarquer que la manière dont il est libellé permettrait au Conseil fédéral de l'accepter, malgré les restrictions juridiques qui lui sont opposées. On ne vous demande pas de faire une réserve, et basta, mais de déposer sous une forme appropriée une déclaration sur les intentions de la Suisse, etc. La «forme appropriée» pourrait justement se rapporter à l'usage du droit d'évocation. On ne vous indique même pas si elle doit être écrite ou orale. Il faut simplement que la Communauté soit mise au courant du fait que le gouvernement suisse, le Parlement et la population ont la volonté de réaliser un programme ambitieux d'économie d'énergie et que, pour ce faire, ils ont besoin de pouvoir fixer des normes exigeantes de consommation d'électricité et de carburant, d'énergie en général, sur les appareils. Nous pourrions volontiers accepter que l'interprétation donnée du texte du postulat

par le Conseil fédéral soit assez large, pour autant qu'il admette la possibilité d'exploiter le droit d'évocation auprès de la Communauté. Je répète encore une fois que cette volonté a été exprimée non seulement par le Parlement ou par le WWF, mais aussi par le Conseil fédéral, selon ses anciennes déclarations, et par la population dont la majorité a voté l'initiative sur le moratoire.

Scherrer Jürg: Die Stimme in der Kommission, die gegen dieses Postulat war, war die meine. Logischerweise lehnt die Fraktion der Auto-Partei dieses Postulat ab. Wir befinden uns also im Einklang mit dem Bundesrat.

Zusätzlich zur Argumentation des Bundesrates, der wir beipflichten, gibt es weitere Gründe gegen diesen Vorstoss. Stellen Sie sich einmal vor, wie in der Praxis Verbrauchsnormierungen durchgesetzt werden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat die Industrie bereits Produkte auf dem Markt, die die Normen erfüllen, dann legen wir also nur noch etwas gesetzlich fest, was auf dem Markt bereits existiert, oder wir setzen Verbrauchsnormen tiefer an und verdrängen so gewisse Produkte vom Markt. Das ist das allerletzte, was wir brauchen können. Wir haben jetzt für den EWR-Vertrag gestimmt – da war die Auto-Partei allerdings nicht dabei –, aber kaum hat das Parlament diesem Begehren zugestimmt, wollen die Sozialisten einmal mehr regulieren.

Ich habe bereits bei der EWR-Debatte vor übertriebenem Interventionismus und vor «Regularitis» gewarnt. Ich warne weiter davor, innerhalb von Europa irgendwelche Reglementierungen einführen zu wollen, welche die Produkte anderer Wirtschaftsräume vom europäischen Markt verdrängen können, z. B. Produkte aus Japan und den USA. Sie wissen, es könnte zu Sanktionen führen, unter denen auch die Schweiz erheblich zu leiden hätte. Wir wollen keine Energieverwaltung, wir wollen keine Energiebürokratie. Was wir brauchen, ist genügend und günstige Energie, damit unsere Wirtschaft wieder zum Florieren kommt; das ist der Punkt.

Der Energienutzungsbeschluss, auf den Sie hinweisen, ist ja fatalerweise u. a. leider dadurch zustande gekommen, dass die CVP-Fraktion wieder einmal mit den Sozialisten gestimmt hat.

«Energie 2000» wird in acht Jahren ein feierliches Begräbnis erleben. «Energie 2000» ist eine Totgeburt. Die Ziele sind schlicht und einfach nicht erreichbar. Das ist heute feststellbar. Die Wachstumszahlen widerlegen klar alle formulierten Zwischenziele und Endziele von «Energie 2000». Wenn Sie jetzt sagen, dann müsste man halt die Industrie und die Konsumenten dazu zwingen, entspricht das einer interventionistischen Politik. Aber ich verahre mich dagegen, dass man sowohl der Industrie wie auch den mündigen Konsumenten immer wieder vorzuwerfen versucht, sie seien Energieverschwender und nicht bereit zu sparen. Das Energiebewusstsein ist sowohl in Industrie und Gewerbe wie auch bei Privaten genügend verwurzelt.

Ich bitte Sie daher, dieses Postulat nicht zu überweisen.

Wick: Mit seiner Schlussbemerkung hat Herr Scherrer Jürg natürlich recht. Die SP hat damals mit der CVP gestimmt, als wir dem Energienutzungsbeschluss zustimmten. Warum sollte das nicht möglich sein? Er hat es zwar umgekehrt formuliert, aber es ist auch nicht so, wie er sagt, sondern es haben beide Fraktionen aus wohlüberlegter Begründung zugestimmt.

Ich spreche im Namen der CVP-Fraktion: Wir empfehlen Ihnen, diesem Postulat zuzustimmen. Die Schweiz hat ja – vielleicht zum Aerger von Herrn Scherrer Jürg – immer noch eine Vorreiterrolle im Umweltschutz, wenn man das europaweit anschaut. Aber diese Vorreiterrolle wird sie wahrscheinlich nicht mehr lange halten können. Wir müssen schauen, dass wir nicht von einer Vorreiter- zu einer «Nachhinkerrolle» kommen. Das grösste Problem, das die ganze Welt bedroht, ist die Klimakatastrophe. In der Klimakatastrophe wiederum ist der Störfried Nummer eins die exponentielle CO₂-Zunahme seit dem Beginn der industriellen Revolution; sie ist nämlich seit ungefähr 1760 nachweisbar. Wenn man die CO₂-Bilanz macht, sieht man, dass praktisch 100 Prozent dieser CO₂-Zunahme

aus fossilen Brennstoffen stammen. Man kann – wenn man die gegenwärtigen Statistiken anschaut – weiter feststellen, dass nicht mehr der eigentliche Brennstoff Hauptgrund für die Zunahme ist – der Brennstoffverbrauch in der Schweiz ist rückläufig –, sondern nur noch der Treibstoff. Es geht also hier um den Verbrauchsstandard bei Fahrzeugen. Was daran nun so schrecklich sein soll, ausser für die Auto-Partei, weiss ich nicht. Im Gegenteil, wir sind darauf angewiesen, dass energische Schritte unternommen werden, damit die CO₂-Produktion weltweit eingeschränkt wird.

Ich stelle eine ganz kleine Rechnung an. Die Schweiz umfasst etwa 2,1 oder 2,2 Prozent der Bewohner des EWR-Raumes. Wenn wir – was gewisse Leute immer wieder postulieren, obwohl es eine Utopie ist – den CO₂-Ausstoss auf null reduzieren könnten, dann hätten wir die Luft auf unserem Kontinent um etwa 2,2 Prozent verbessert. Wenn wir von der Schweiz aus im EWR-Raum eine ganz kleine Verbesserung bewirken, ist der Effekt viel, viel grösser. Das ist für mich ein weiterer Grund, warum wir im EWR mitmachen und mitspielen müssen und warum wir auch im EWR wieder eine gewisse Vorreiterrolle übernehmen müssen. Dazu gehören eben auch die Verbrauchsstandards von Flottenverbrauchswerten und nicht nur eine CO₂-Abgabe.

Deswegen wäre ich sehr froh, wenn der Bundesrat diesen wirklich gutgemeinten Vorstoss entgegennähme, und zwar als das, was er ist, nämlich tatsächlich nur eine Unterstützung der Politik des Bundesrates und kein bisschen mehr und kein bisschen weniger.

Deswegen bitte ich Sie: Unterstützen Sie dieses Postulat.

Bundesrat **Ogi**: Ich verhehle nicht, dass in der Verwaltung – Herr Strahm Rudolf hat es heute morgen gesagt – Meinungsverschiedenheiten über die Opportunität einer Erklärung in Brüssel vorhanden waren. Der Bundesrat hat sich der Auffassung derjenigen angeschlossen – es waren diejenigen, die an den Verhandlungen teilgenommen haben –, die glauben, dass eine solche Deklaration aus staats- und völkerrechtlichen Gründen nicht hinterlegt werden dürfe. Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat zur Meinung kam, dieses Postulat sei abzulehnen. Das heisst aber nicht, dass damit «Energie 2000» beerdigt wird. Das heisst auch nicht, Herr Jürg Scherrer, dass «Energie 2000» eine Totgeburt ist. Wir werden im Jahre 2000 die Bilanz zu «Energie 2000» ziehen. Der EWR-Vertrag ist in seiner Gesamtheit anzuwenden. Das ist eine Voraussetzung für die Zustimmung der Vertragsparteien. Es ist wohl ausgeschlossen, dass die Vertragsparteien einen Vorbehalt der Schweiz akzeptieren. Das könnte zu Missverständnissen führen, zu Missverständnissen, die unsere Vertragstreue in Frage stellen. Solche Komplikationen sollten wir uns – nach Auffassung des Bundesrates – nicht einhandeln. Wir sollten diese Komplikationen vermeiden.

Der Bundesrat – ich wiederhole es – will trotzdem und klar an «Energie 2000» festhalten. Probleme stellen sich tatsächlich bei den Verbrauchsvorschriften. Herr Rudolf Strahm hat heute morgen selbst auf drei Handlungsmöglichkeiten hingewiesen. Für uns ist das Wichtigste: vorwärtsmachen. Aber auch beim Vorwärtsmachen – nicht in bezug auf die Ueberstunden, Herr Strahm, nicht in bezug auf die Ferien ab 1993 – diktieren unsere Möglichkeiten die Mittel. Es gibt einfach gewisse Grenzen. Sie wissen aber auch, dass wir bei Fahrzeugen und Geräten daran sind, Vorschriften auf freiwilliger Basis durchzusetzen. Wir sind daran, Vereinbarungen abzuschliessen. Wenn diese freiwilligen Vereinbarungen nicht möglich sind, werden wir zu Vorschriften greifen müssen. Falls die EG-Vorschriften schwächere Massnahmen vorschreiben als das, was wir einführen werden, wird der Bundesrat für unsere Vorschriften kämpfen. Das möchte ich hier ganz klar sagen: kämpfen für längere Uebergangsfristen, für Ausnahmemöglichkeiten. Auch den Weg durch die EWR-Instanzen, das heisst das «droit d'évocation», werden wir beschreiten, Herr Strahm, wenn uns keine andere Möglichkeit mehr offensteht.

In diesem Sinne und aus diesen Ueberlegungen heraus hat der Bundesrat im Sinne derjenigen, die verhandelt haben, beantragt, dieses Postulat abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung des Postulates
Dagegen

49 Stimmen
40 Stimmen

91.3396

Motion Schmidhalter
Aufrechterhaltung Autoverlad durch den Simplontunnel
Transport ferroviaire de voitures à travers le Simplon

Wortlaut der Motion vom 5. Dezember 1991

Der Bundesrat wird aufgefordert, laut Bundesbeschluss über den Leistungsauftrag 1987 an die Schweizerischen Bundesbahnen und über die Abgeltung ihrer gemeinwirtschaftlichen Leistungen, den Autoverlad durch den Simplontunnel unter die gemeinwirtschaftlichen Leistungen einzureihen. Der Bundesrat legt das vom Bund abzugeltende gemeinwirtschaftliche Leistungsangebot fest.

Texte de la motion du 5 décembre 1991

Le Conseil fédéral est chargé, en vertu de l'arrêté fédéral fixant les principes du mandat 1987 des CFF et l'indemnisation de leurs prestations de service public, d'inclure le transport d'automobile accompagnées à travers le Simplon dans les prestations de service public. Le Conseil fédéral fixe l'offre de prestations de service public, prestations que la Confédération est tenue d'indemniser.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baumberger, Bircher Peter, Bürgi, Dormann, Grossenbacher, Hildbrand, Iten Joseph, Jäggi Paul, Leu Josef, Ruckstuhl, Segmüller, Seiler Rolf, Stamm Judith (13)

91.3399

Motion des Ständerates (Bloetzer)
Aufrechterhaltung Autoverlad durch den Simplontunnel
Motion du Conseil des Etats (Bloetzer)
Transport ferroviaire de voitures à travers le Simplon

Wortlaut der Motion vom 10. März 1992

Der Bundesrat wird aufgefordert, laut Bundesbeschluss über den Leistungsauftrag 1987 an die Schweizerischen Bundesbahnen und über die Abgeltung ihrer gemeinwirtschaftlichen Leistungen, den Autoverlad durch den Simplontunnel unter die gemeinwirtschaftlichen Leistungen einzureihen. Der Bundesrat legt das vom Bund abzugeltende gemeinwirtschaftliche Leistungsangebot fest.

Texte de la motion du 10 mars 1992

Le Conseil fédéral est chargé, en vertu de l'arrêté fédéral fixant les principes du mandat 1987 des CFF et l'indemnisation de leurs prestations de service public, d'inclure le transport d'automobile accompagnées à travers le Simplon dans les prestations de service public. Le Conseil fédéral fixe l'offre de prestations de service public, prestations que la Confédération est tenue d'indemniser.

3 Postulat der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Durchsetzung Programm «Energie 2000» und EWR

Postulat de la Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie Imposer le programme "Energie 2000" et EEE

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Augustsession
Session	Session d'août
Sessione	Sessione di agosto
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.057-3
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.08.1992 - 15:00
Date	
Data	
Seite	1432-1433
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 486

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.